

Deutschland ohne Wehrpflicht

Autor(en): **Schlie, Ulrich**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Soldat : die führende Militärzeitschrift der Schweiz**

Band (Jahr): **87 (2012)**

Heft 1

PDF erstellt am: **19.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-714316>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Deutschland ohne Wehrpflicht

Der SCHWEIZER SOLDAT brachte in der September-Ausgabe auf den Seiten 44 bis 47 eine kritische Analyse von Brigadegeneral Dieter Farwick zur Sistierung der Wehrpflicht in Deutschland. Aus amtlicher Sicht nimmt Ulrich Schlie (Berlin) pointierte Stellung zu Farwicks Artikel. Schlie leitet im Verteidigungsministerium seit 2005 den Planungsstab.

ULRICH SCHLIE, CHEF DES DEUTSCHEN PLANUNGSSTABES, ZUM ARTIKEL VON BRIGADEGENERAL FARWICK

Grau ist alle Theorie und grün des Lebens goldner Baum. Goethes Diktum kommt in den Sinn, wenn Brigadegeneral a. D. Farwicks «Abrechnung» mit der Neuausrichtung der Bundeswehr mit der Wirklichkeit der bereits vollzogenen und der beabsichtigten Entscheidungen kontrastiert.

Sie ruft Widerspruch hervor: Aus Platzgründen beschränke ich diesen auf das strategische Rational, die Hintergründe, die zur Aussetzung der Einberufung zum Grundwehrdienst (nicht: zur Abschaffung der Wehrpflicht, denn diese bleibt auch künftig bestehen) geführt haben, sowie zum

Auftrag und zum künftigen Fähigkeitsprofil der deutschen Bundeswehr.

Aus Gründen der Sachlichkeit bleiben die gegen Bundesminister zu Guttenberg gerichteten polemischen Ausfälle unkommentiert, doch der Satz, die Entscheidung zur Abschaffung der Wehrpflicht sei ein



Bild: Bundeswehr

Deutsche Soldaten erfüllen in Afghanistan einen schwierigen Kampfauftrag.

«weiterer Meilenstein auf dem Weg der Irrungen und Wirrungen deutscher Sicherheitspolitik der letzten Jahre» kann nicht unwidersprochen bleiben.

Neuausrichtung

Denn die von Bundesminister zu Guttenberg begonnene und von seinem Nachfolger de Maizière fortgesetzte Neuausrichtung der Bundeswehr hat zum Ziel, die Bundeswehr so aufzustellen, dass sie auf die strategischen Herausforderungen von heute und morgen ausgerichtet ist. In den im Mai 2011 verabschiedeten «Verteidigungspolitischen Richtlinien» ist die inhaltlich-strategische Begründung für die Neuausrichtung auf die einprägsame Formel «Nationale Interessen wahren – internationale Verantwortung übernehmen – Sicherheit gemeinsam gestalten» gebracht worden.

Im Herbst folgten die Stationierungsentscheidungen. Die endgültige Einnahme der neuen Struktur wird voraussichtlich fünf bis sieben Jahre dauern. Die Konturen indes stehen fest. Dazu zählt der künftige Gesamtumfang von 185 000 Soldaten, der sich aus 170 000 Berufs- und Zeitsoldaten sowie einem festen Anteil von 5000 freiwilligen Wehrdienstleistenden und einem variablen Anteil von bis zu 10 000 weiteren freiwillig Dienstleistenden zusammensetzt.

Die neuen Umfangszahlen der Teilstreitkräfte und militärischen Organisationsbereiche tragen dem in den Verteidigungspolitischen Richtlinien umrissenen Auftrag der Bundeswehr Rechnung: das Heer mit 55 750 Soldaten, die Luftwaffe mit 22 550 Soldaten, die Marine mit 13 050 Soldaten, der Sanitätsdienst mit 14 620 Soldaten und die Streitkräftebasis mit 36 750 Soldaten.

Im Vergleich

Hinzu kommen künftig 30 460 Soldatinnen und Soldaten, die sich turnusmässig in Ausbildung befinden oder in den anderen Organisationsbereichen (Personal, Infrastruktur und Dienstleistungen sowie Rüstung, Nutzung, Informationstechnologie) zugeordnet werden. Zudem wird es künftig nur noch 55 000 zivile Mitarbeiter – Beamte, Angestellte und Arbeiter – gegenüber heute knapp 100 000 geben. Wer eine Vergleichsrechnung anstellt, wird diese Zahl zum Gesamtumfang hinzuaddieren müssen.

Die Bundeswehr liegt damit im internationalen Vergleich nahezu gleich auf mit den britischen Streitkräften, deren Gesamtstärke von 264 300 sich in einem militäri-

schen Anteil von 178 500 sowie in einen sich auf 85 800 belaufenden Anteil für Zivilpersonal aufteilt. Im Verhältnis zwischen Militär zu Zivilpersonal – grosso modo in Deutschland schon vor der Neuausrichtung 3:1 – schneidet die Bundeswehr im Vergleich mit Grossbritannien (2:1) und den USA (1,5 : 1) sogar deutlich besser ab.

Die Bundeswehr wird also durch die jetzt erfolgte Reform weder verzerrt, noch wird sie in ihrer Aufgabenwahrnehmung begrenzt.

Damit das übergeordnete Ziel der Neuausrichtung erreicht wird, muss die Bundeswehr so aufgestellt werden, dass sie ihre Aufgaben künftig besser erfüllen kann als bisher, Prozesse und Verfahren müssen verbessert und eine wirksamere Auftrags Erfüllung durch die Truppe sichergestellt werden.

Der strategische Rahmen für den Auftrag und die Aufgaben der Bundeswehr als Teil der gesamtstaatlichen Sicherheitsvorsorge wird in den Verteidigungspolitischen Richtlinien beschrieben.

Sie formulieren die sicherheitspolitischen Zielsetzungen und die langfristigen Interessen der Bundesrepublik Deutschland, sie gründen auf einer Beurteilung der gegenwärtigen Lage, beziehen gegenwärtige sowie wahrscheinliche künftige Entwicklungen ein und sind Ausgangspunkt für eine Überprüfung, die auch weiterhin in regelmässigen Abständen erfolgt.

Verbindliche Grundlage

Sie bilden die verbindliche Grundlage für die Konzeption der Bundeswehr und für alle weiteren Folgearbeiten im Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung. Die Verteidigungspolitischen Richtlinien 2011 stehen in der logischen Folge des Weissbuches der Bundesregierung von 2006 als nationalem Dachdokument, das den strategischen Rahmen für den Auftrag und die Aufgaben der Bundeswehr als Teil gesamtstaatlicher Sicherheitsvorsorge beschreibt.

Die Verteidigungspolitischen Richtlinien stellen zu Recht heraus, dass Deutschlands Sicherheit untrennbar mit der politischen Entwicklung Europas und der Welt verbunden ist. Der Gedanke, dass Deutschland seine sicherheitspolitischen Ziele und Interessen nur zusammen mit seinen Partnern erreichen kann, ist deshalb leitend für die Aufgaben und das Fähigkeitsprofil der Bundeswehr und bildet den roten Faden der Neuausrichtung.

Die strategischen Überlegungen folgen einer sicherheitspolitischen Bedrohungs-

analyse, der Beurteilung der geostrategischen Lage, und sie haben unmittelbare Rückwirkungen auf Streitkräfte, insbesondere deren Umfang, Strukturen, Wehrform und Ausrüstung. Die gestaltende Mitwirkung in den internationalen Organisationen ist unmittelbar mit der nationalen Sicherheit verbunden und damit auch Garant für den Wohlstand des Landes.

Dies setzt eine enge Abstimmung mit den Partnern voraus. Fähigkeitsorientierte und im multinationalen Rahmen einsetzbare Streitkräfte werden künftig in deutlich grösserem Umfang als bisher in der Lage sein, den Bündnisverpflichtungen Deutschlands nachzukommen.

Breites Verständnis

Auftrag und Aufgaben der Bundeswehr orientieren sich an einem neuen, breiteren Verständnis von Risiken und Bedrohungen. Strategische Unwägbarkeiten erfordern heute von den Streitkräften der Zukunft höhere Flexibilität.

Das Ziel bleibt die Wahrung deutscher Sicherheitsinteressen. Diese ergeben sich aus der Geschichte, der geographischen Lage und den internationalen Verflechtungen der Ressourcenabhängigkeit des Landes als Hochtechnologiestandort und rohstoffarme Exportnation. Sie sind nicht statisch, sondern müssen an das sich wandelnde strategische Umfeld angepasst werden.

Die Verteidigungspolitischen Richtlinien legen erstmals einen nationalen «Level of Ambition» als verbindliche Grundlage für die Konzeption der Bundeswehr und gesamte Ausplanung der Streitkräfte fest. Die Fähigkeit, auf zusätzliche Herausforderungen angemessen reagieren zu können, ist Voraussetzung für politische Handlungsfähigkeit.

Dazu ist das Spektrum des Fähigkeitsprofils «breit» angelegt, kann im Umfang und nach Einsatzdauer jedoch differenziert ausgeplant werden. Die Durchhaltefähigkeit ist dabei von der Form des Einsatzes abhängig. Bestimmte Kräfte werden nur in der Anfangs- oder Endphase einer Operation benötigt, andere dauerhaft.

Krisenvorsorge

Der Einsatz der Streitkräfte im Rahmen von Krisenvorsorge und -bewältigung bleibt strukturbestimmend. Hierzu sind zukünftig streitkräftegemeinsame, eskalations- und durchsetzungsfähige Kräfte erforderlich, die gleichzeitig für Einsätze in unterschiedlichen Einsatzgebieten zur Verfügung stehen. Dafür wird die Bundeswehr

zeitgleich rund 10 000 Soldaten durchhaltefähig vorhalten.

Darüber hinaus werden auch weiterhin Kräfte für deutsche Anteile an der NATO Response Force, der EU Battlegroup, dem United Nations Standby Arrangement-System, zur Rettung, Evakuierung und Geiselnbefreiung im Ausland sowie zur Überwachung und Sicherheit im deutschen Luft- und Seeraum vorgehalten.

Auch im Kampf

Massgeblich ist der Anspruch, dass die Bundeswehr in der Lage ist, im gesamten Intensitätsspektrum wirken zu können, explizit auch Kampf. Dafür hält sie ein gemeinsames Streitkräftedispositiv – ein «single set of forces» – bereit und nimmt von den bislang gültigen Streitkräftekategorien Abstand. NATO und EU werden in diesem Verständnis komplementär gedacht und entsprechend werden die Streitkräftepläne für beide Organisationen aufeinander abgestimmt.

In der EU hat Deutschland mit der «Gent-Initiative» und dem Weimarer Dreieck gemeinsam mit seinen Partnern Impulse gesetzt, die auf eine stärkere Koope-

ration zielen. In der Gent-Initiative wird dabei zum Einen untersucht, inwieweit Fähigkeiten mit Partnern gebündelt werden können, ohne dass dabei die nationale Fähigkeit aufgegeben wird.

Darüber hinaus soll aber auch eine Rollen- und Aufgabenteilung bei bestimmten Fähigkeiten vorgesehen werden, bei denen man sich letztlich zu 100% auf den Partner verlassen können muss, da diese Fähigkeit künftig nicht mehr vorgehalten werden soll.

Gemeinsame Hauptquartiere

Gemeinsame Hauptquartiere, multinationale Führungseinrichtungen, Zusammenarbeit bei Entwicklung und Beschaffung von Systemen sowie gemeinsame Ausbildung sowie gemeinsamer Betrieb lauten die Vorgaben, die im Ergebnis zu leistungsfähigen europäischen Streitkräften führen sollen.

Die Verpflichtung zur Einberufung zum Grundwehrdienst ist mit Wirkung vom 1. Juli 2011 durch einfachgesetzliche Regelung ausgesetzt. Die verfassungsrechtlich verankerte Allgemeine Wehrpflicht besteht damit unverändert fort.

Die Verpflichtung zur Ableistung des Grundwehrdienstes kann damit, wenn die Umstände – etwa im Spannungs- und Verteidigungsfall – es erfordern, jederzeit wieder aufleben. Die Aussetzung der Einberufung zum Grundwehrdienst ist in der Tat ein grosser Einschnitt für die Bundeswehr und im verteidigungspolitischen Verständnis der Bundesbürger.

Nur noch 17 Prozent

Es fiel – insbesondere vielen Mitgliedern der Unionsparteien von CDU und CSU – schwer, doch es war insgesamt notwendig, weil damit den veränderten sicherheitspolitischen und demographischen Rahmenbedingungen Rechnung getragen wurde.

Schon in den letzten Jahren wurde nur ein geringer Teil aller wehrpflichtigen jungen Männer wirklich eingezogen. Im letzten Jahr leisteten nur noch knapp 17 Prozent der Angehörigen eines Geburtsjahrgangs Wehrdienst.

An die Stelle der Verpflichtung zum Grundwehrdienst tritt deshalb folgerichtig zum 1. Juli 2011 ein neuer Freiwilliger Wehrdienst, der jungen Frauen und Män-

INTERNATIONALE KUNDEN: 6 EUROFIGHTER IM EINSATZ: ÜBER 280 EIN FLUGZEUG FÜR ALLE MISSIONEN

Mehr als 700 Bestellungen von sechs Nationen liefern den zuverlässigen Beweis: Mit einer Entscheidung für den Eurofighter erhält die Schweiz nicht nur das modernste und meistverkaufte Mehrrollenflugzeug der neusten Generation. Eurofighter bedeutet darüber hinaus unvergleichliche wirtschaftliche, technologische und militärische Kooperationsmöglichkeiten mit den Partnerländern und Herstellerunternehmen, Versorgungssicherheit von mehr als 40 Jahren sowie Transparenz, Effizienz und Sicherheit bei den Kosten. Diese Anschaffung rentiert. www.eurofighter.ch

EUROFIGHTER - DIE BESTE PERSPEKTIVE FÜR DIE SCHWEIZ.

DEFENDING WORLD SECURITY

uern die Möglichkeit eröffnet, für einen Zeitraum von 12 bis 23 Monaten freiwillig Dienst in den Streitkräften zu leisten – ganz im Sinne eines aktiven Bürgerengagements. Damit bieten wir jungen Menschen eine Option, für ihr Land einzustehen und einen wichtigen Beitrag für die Freiheit und Sicherheit unseres Landes zu leisten.

Das innere Gefüge und der Charakter der Bundeswehr werden sich mit dem Übergang von der Wehrpflichtarmee zur reinen Freiwilligenarmee ohne Zweifel verändern.

Das Prinzip der inneren Führung besteht indes unverändert fort: Es garantiert, dass der Dienst in den Streitkräften an die Normen und Werte des Grundgesetzes gebunden bleibt.

Staatsbürger in Uniform

Denn die Soldaten der Bundeswehr sind und bleiben «Staatsbürger in Uniform» – im besten Sinne. Sie sind Teil dieser Gesellschaft; und sie übernehmen mit ihrem Beruf besondere Verantwortung für die ganze Nation.

Der Übergang zu Freiwilligenstreitkräften erfordert sorgfältige Planung und

schnellstmögliche Anpassung bestehender Verfahren zur Nachwuchsgewinnung. Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels ist die personelle Einsatzbereitschaft für die Bundeswehr die strategische Herausforderung der Zukunft. Attraktivität und Wettbewerbsfähigkeit auf dem Arbeitsmarkt werden zukünftig noch grössere Bedeutung erhalten als bisher.

Der Freiwillige Wehrdienst ist ein attraktives Angebot an junge Menschen, die offen und gewillt sind, einen Beitrag zur Sicherheit unseres Landes zu leisten. Sie bekommen die Möglichkeit, den Soldatenberuf und die Bundeswehr als Arbeitgeber kennenzulernen.


Wer sich für den Freiwilligen Wehrdienst entscheidet, ist bereit, die in unserem Grundgesetz verankerten Werte zu verteidigen – notfalls auch unter Einsatz des eigenen Lebens.

Bande vertiefen

Durch den Übergang der Bundeswehr zu einer Freiwilligenarmee fallen ganz automatisch manche Berührungspunkte zwischen Bundeswehr und Gesellschaft weg. Deswegen wird es in den nächsten Jahren

darum gehen, die Bande zwischen Streitkräften und Gesellschaft weiter zu vertiefen.

Der Freiwillige Wehrdienst, eine neue Reservistenkonzeption, eine engagierte Veteranenpolitik, ein auf Geschichtsbewusstsein, politische Bildung, Ethik und Traditionspflege gründendes soldatisches Selbstverständnis können dazu wesentlich beitragen.

Entscheidend wird es sein, dass in einem freiheitlich demokratischen Staat der Dienst des einzelnen am Gemeinwohl, das Eintreten für Recht und Freiheit, die Besonderheit soldatischen Dienens, die im Äussersten mit der Gefährdung von Leib und Leben verbunden ist, durch Staat und Gesellschaft als Ganzes gewürdigt wird. Dies ist zugleich die beste Voraussetzung dafür, dass die Streitkräfte dort verbleiben, wo sie hingehören und am besten aufgehoben sind: in der Mitte der Gesellschaft. 

Ulrich Schlie, geboren 1965 in Nürnberg, ist wie viele deutsche Offiziere und Politiker Historiker. Im November 2005 ernannte ihn der damalige Verteidigungsminister Jung zum Leiter des Planungsstabes im Ministerium. Schlie ist Präsident der Carl-Jacob-Burckhardt-Stiftung in Vinzel. Die Zwischentitel setzte die Redaktion.

